

Von Beust muss Baumfällung begründen

VON OLAF DITTMANN

18. März 2010, 04:00 Uhr

BUND reicht Beschwerde gegen Gartenschau in Wilhelmsburg ein

Die Umweltorganisation BUND wirft der Stadt vor, anlässlich der Internationalen Gartenschau 2013 (IGS) in Wilhelmsburg ohne rechtliche Grundlage und im großen Maßstab Bäume zu fällen. Mit einem ungewöhnlichen Schreiben wandten sich die Naturschützer nun an Bürgermeister Ole von Beust (CDU). Inhalt ist eine "Fachaufsichtsbeschwerde" gegen gleich mehrere Behörden und die IGS. Eine Klage vor dem Landgericht bleibt den Naturschützern derweil verwehrt. Doch von Beust muss reagieren, zu einer Stellungnahme ist er verpflichtet.

Für Baumfällungen im Rahmen der IGS, der Internationalen Bauausstellung (IBA) sowie des Neubaus der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) lägen keine ausreichenden Genehmigungen vor, so der BUND-Vorsitzende Harald Köpke: "Damit hat die Planungs- und Verwaltungskultur einen neuen Tiefpunkt erreicht. Es wurde ein vorbildliches IGS-Konzept versprochen, doch jetzt fallen ihr Tausende von Bäumen zum Opfer." Der Bezirk Hamburg-Mitte habe Fällgenehmigungen erteilt ohne abgeschlossene Planung.

Nach Ansicht des BUND wurden für IGS und IBA bereits ein Drittel des vorhandenen Baumbestandes gefällt, weitere 1500 Bäume könnten folgen. Und auch für den Neubau der BSU am Rande des Geländes würden Bäume gefällt und ein geschütztes Gewässer zerstört.

"Klar ist, dass von 20 000 Bäumen auf dem IGS-Gelände ein Zehntel gefällt werden muss", sagt BSU-Sprecher Volker Dumann. "Dafür werden aber Bäume an anderer Stelle gepflanzt. Diese Ausgleichsmaßnahmen werden so nah wie möglich, auf jeden Fall in Wilhelmsburg, geschaffen. Das gleiche gilt für den Behördenneubau, wo im Übrigen längst Baurecht besteht." Dumann betont, dass im Rahmen der IGS ein "Park des 21. Jahrhunderts" entstehe, ähnlich wie der Volkspark oder Pflanzen und Blumen. Der BUND fordert von Beust nun auf, die Planung der Bauvorhaben rund um die IGS zur Chefsache zu machen. Senatssprecherin Kristin Breuer dazu: "Wir werden die Beschwerde prüfen, sobald sie bei uns angekommen ist. Das ist bislang nicht der Fall."

Das Konfliktpotenzial südlich der Elbe wächst auch an anderer Stelle: Die jetzt neu gegründete Klagegemeinschaft Rechtsschutz Lebensqualität Wilhelmsburg will Verkehrspläne des Senates wie etwa die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße oder die neue Hafenufersperre verhindern.